

CVP will schärfere Regeln zur Zuwanderung

Die CVP schert aus: Sie will nun doch, dass die Schweiz Massnahmen zur Begrenzung der Zuwanderung auch gegen den Willen der EU ergreifen kann. Im Nationalrat wird sie mit diesem Antrag wohl chancenlos sein - denn die FDP-Fraktion hat ihre Abweichler diszipliniert.

Doris Kleck
Bern

Die Verwunderung war gross, als die Staatspolitische Kommission vor bald zwei Wochen ihren Umsetzungsvorschlag zur Zuwanderungsinitiative präsentierte. Nicht wegen des Inhalts, sondern wegen der klaren Mehrheit. Die alte europapolitische Koalition war wieder hergestellt. Alle Parteien hatten sich gegen die SVP gestellt und sich für eine sanfte Umsetzung des neuen Verfassungsartikels zur Begrenzung der Zuwanderung entschieden. Das heisst, keine Kontingente, keine Höchstzahlen dafür ein «Inländervorrang light». Der Bundesrat kann Unternehmen dazu verpflichten ihre freien Stellen zuerst den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren zu melden. Alle weitergehenden Massnahmen benötigen die Zustimmung der EU. Doch nun zeigen sich Risse in dieser breiten Koalition: Einer wurde gestern tiefer, ein anderer gekittet.

Die CVP grenzt sich ab

Zum ersten Riss: Die CVP-Fraktion hat sich für eine schärfere Umsetzung als die vorberatende Kommission ausgesprochen. Sie wird im Nationalrat - die Debatte findet heute in einer Woche statt - den Antrag stellen, dass der Bundesrat auch dann Massnahmen ergreifen kann, wenn sich die Schweiz mit der EU nicht darüber einig ist. Unter diesen sogenannten Abhilfemassnahmen kann man sich allerlei vorstellen. Zum Beispiel Höchstzahlen oder einen scharfen

Inländervorrang, der von den Unternehmen einen Nachweis verlangt, dass sie keinen fähigen Inländer findet, bevor sie einen Ausländer rekrutieren kann.

Für den Tessiner Nationalrat Marco Romano, bei der CVP verantwortlich für das Zuwanderungsdossier, ist der Vorschlag ein Mittelweg zwischen der Res-



Gerhard Pfister
CVP-Präsident

pektierung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU und der Verfassung. «Wir getrauen uns, einen Kompromiss aufzuzeigen, der beide Interessen berücksichtigt», sagt Romano. Ob der Vorschlag dem Freizügigkeitsabkommen widerspricht, müssten dereinst der Gemischte Ausschuss der Schweiz und der EU oder die Justiz entscheiden: «Wir glauben aber, dass befristete Massnahmen, die regional und auf gewisse Branchen beschränkt sind, mit der Personenfreizügigkeit kompatibel sind», sagt Romano.

In der staatspolitischen Kommission hatten die CVP-Vertreter ihren Antrag zugunsten des Kompromissvorschlages «Inländer light» der FDP noch zurückgezogen. Nun sagt Präsident Gerhard

Pfister: «In dieser frühen Phase muss die CVP nicht taktieren, sondern ihre Position transparent machen.» Und Romano ergänzt, dass sich die Konstellation seither verändert hat. Er meint damit die Wortmeldungen des Arbeitgeberverbandes und verschiedener FDP-Parlamentarier.

Die FDP schliesst die Reihen

Womit wir beim zweiten Riss wären. Die FDP-Politiker Kurt Fluri und Philipp Müller gelten als Architekten des Kommissionsvorschlages. Entsprechend brüstete sich die Partei in einer Medienmitteilung. Doch die Begeisterung der Parteizentrale teilten längst nicht alle FDP-Politiker. Der Ausserrhoder Ständerat Andrea Caroni äusserte rasch seine Zweifel an der Verfassungskonformität des Umsetzungsmodells. Denn der neue Verfassungsartikel verlangt eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung mittels Höchstzahlen und Kontingenten. Der Zürcher Nationalrat Hans-Peter Portmann doppelte in der Sonntagspresse nach. Er forderte einen Kurswechsel und stellte eigene Anträge für eine schärfere Umsetzung in Aussicht, «die dem Geiste des Volkswillens Rechnung tragen». Und ein dritter FDP-Politiker liess sich - auf eigene Kosten - seine Zweifel zur Verfassungskonformität von einem Staatsrechtler der Uni Zürich bestätigen.

Diese Störfeuer aus der eigenen Partei blieben bei der Konkurrenz nicht unbemerkt. In der «Basler Zeitung» meinte SVP-Nationalrat Roger Köppel, dass «Kurt Fluri nicht repräsentativ für seine

Partei» sei. Andere SVP-Parlamentarier teilten diese Hoffnung und taten sie gestern in der Wandelhalle gerne kund.

Doch sie war vergebens, genau so wie die der CVP. Die FDP-Fraktion brachte ihre Abweichler an der gestrigen Sitzung auf Linie. Sie entschied, auf Antrag des Fraktionsvorstandes, dass die Umsetzung der Zuwanderungsinitiative ein strategisches Geschäft für die Partei ist. Das heisst im Klartext: Die FDP-Nationalräte müssen am nächsten Mittwoch den Umsetzungsvorschlag der Kommission unterstützen. Wer dagegen ist, muss sich der Stimme enthalten. Die FDP-Fraktion diszipliniert also ihre Mitglieder. Und es wirkt: Hans-Peter Portmann wollte sich im Anschluss an den Entscheid nicht mehr äussern.

Dem Vernehmen nach beruhigte die Parteileitung die internen Kritiker mit dem Hinweis, dass das Geschäft erst am Anfang eines langen Prozesses stehe. Fraktionschef Ignazio Cassis bestätigte dies indirekt: «Es ist wichtig, dass wir im Nationalrat eine klare Linie vertreten. Der Ständerat kann diesem Konzept zustimmen oder ein anderes beschliessen. Dieses Pingpong gehört zum politischen Geschäft.» Dazu passt, dass Philipp Müller letzte Woche bereits gesagt hat, der Ständerat müsse die Wirkung des Inländervorrang light genau prüfen.

Und Kurt Fluri? Er bleibt unbeeindruckt. Die CVP habe wohl Angst bekommen. Doch mit der SVP habe sie keine Mehrheit im Nationalrat. Sein Vorschlag wird also durchkommen - zumindest im Nationalrat.

Personenfreizügigkeit

EU und Schweiz weit auseinander

Die Ratlosigkeit dürfte gross sein. Die Botschafter der EU-Mitgliedsstaaten werden sich heute über die erfolglosen Gespräche mit der Schweiz zur Umsetzung der SVP-Initiative informieren. Diskussionsgrundlage ist ein Papier von EU-Kommission und Europäischem Auswärtigem Dienst, das dem «Tages-Anzeiger» vorliegt.

Das zweieinhalbseitige Dokument dürfte den Botschaftern bestätigen, wie verhärtet die Fronten sind. So ist man sich bei den Kriterien für eine Schutzklausel trotz monatelanger Konsultationen nicht näher gekommen. Selbst der sogenannte Inländervorrang light der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats stösst auf Vorbehalte.

Im Entwurf werde der Bundesrat ermächtigt, einseitige Massnahmen mit Auswirkungen auf das Personenfreizügigkeitsabkommen zu treffen, heisst es im Papier. Dabei wird kritisiert, dass der Bundesrat alleine entscheiden könne, welche Massnahmen das Abkommen verletzen und mit der Europäischen Union diskutiert werden müssten.

Insistiert wird vonseiten der Europäischen Union auch auf einem Rahmenabkommen mit dem Europäischen Gerichtshof als Schiedsrichter. Eine Einigung über die institutionellen Fragen werde besonders relevant sein, sollte sich das Schweizer Parlament für den Ansatz der Nationalratskommission entscheiden, heisst es im Papier. (sti)

Wenn die Bewaffneten Licht sehen, schiessen sie

Die Schweiz schickt Waggons mit Sand zur Aufbereitung von Wasser in das isolierte Rebellengebiet der Ostukraine. Der TA hat das Wasserwerk besucht.

Zita Affentranger
Donezk

Es waren aufreibende Tage. Zuerst zu wenig Waggons, dann eine Explosion auf den Gleisen an der Front, die schleppende Freigabe der Waggons auf der ukrainischen Seite, Verzögerungen am Zoll auf Rebellengebiet und schliesslich die Suche nach einer tauglichen Lokomotive. Doch gestern Morgen konnte Dietrich Dreyer endlich die ersten 16 Waggons mit Quarzsand an das Wasserwerk Wodadonbassa in Donezk übergeben. Der Teamleiter der Transporte ist erleichtert: «Die Waggons werden nun umgehend ausgeladen, damit sie schnell einsatzbereit sind für die Trinkwasseraufbereitung.» Die Transporte finden unter Federführung der Humanitären Hilfe der Schweiz statt, einem Bereich der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza).

Auch in Wodadonbassa, dem grössten Wasserwerk Europas, ist man froh, dass die Lieferung mit 3500 Tonnen Quarzsand nun eintrifft. «Seit drei Jahren haben wir keinen neuen Sand mehr bekommen», sagt der zuständige Chefingenieur. Er zeigt auf einen schmutzig braunen Haufen. «Den mussten wir aus dem Verkehr ziehen, weil er zur Reini-



Die Lokomotive, die die Schweizer Hilfsgüter transportierte, wurde mit einer Schweizer Fahne verziert. Foto: Sergei Wolski

gung nicht mehr taugt.» Zehn seiner 38 Klärbecken in der Halle sind leer. Hier kann nun bald zwei Meter hoch der neue, weisse Sand eingefüllt werden. Weil der alte Sand nur noch schlecht rei-

nigt, habe man in den letzten Monaten mehr Chemikalien gebraucht, um die Wasserqualität zu sichern, sagt der Chefingenieur. Doch auch die sind ein kostbares Gut. Die Schweiz hat zwischen April 2015 und Mai 2016 in vier Hilfstransporten fast 2000 Tonnen Chemikalien zur Trinkwasseraufbereitung geliefert. Mit dem Quarzsand werden jetzt auch kurzfristig Jobs geschaffen. Man könne nun 30 Leute einstellen, die den Sand waschen und aufbereiten für die Klärbecken. Wodadonbassa hat wie alle Betriebe im Rebellengebiet viele Leute entlassen oder ohne Lohn in die Zwangsferien geschickt.

Das Wasserwerk bei Jasinowata ist so gross wie ein kleines Dorf. Die Anlage ist gepflegt, aber alt, überall bröckelt es. Das grüne Tor zielt noch immer der rote Stern. Immer wieder steigt hier etwas aus, muss improvisiert und überbrückt werden. Auch mit der automatischen Überwachung hapert es, sodass überall

Kontrollen von Hand gemacht werden müssen.

Und natürlich setzt der Krieg dem Werk schwer zu, das von der Front in zwei Teile getrennt wird. Im Jahr 2014 wurde die Anlage gezielt unter Beschuss genommen und hat mehrere schwere Treffer abbekommen, obwohl von hier fast vier Millionen Menschen auf beiden Seiten der Front mit Wasser versorgt werden. Ein Waggon mit Chlor wurde getroffen - und das Reservoir, die Tür zeigt noch immer Einschusslöcher.

Heute ist es im Werk ruhig, die Front rund zwei Kilometer entfernt, und die am 1. September vereinbarte Waffenruhe hält bis auf einige Dutzend Schusswechsel pro Tag - und das sei so gut wie nichts, sagen die Menschen in Donezk. Doch Wodadonbassa hat auch eine Filteranlage, die im Niemandsland zwischen den Verteidigungslinien liegt. Dort habe man alle Fenster verdunkeln müssen, sagt Generaldirektor Oleg Mo-



TA-Grafik mt

kri. «Wenn die Bewaffneten Licht sehen, schiessen sie darauf. Wenn jemand in der Nacht mit einer Taschenlampe rausmuss, um etwas zu überprüfen, kommt er unter Feuer.» Man hört die Wut in seiner Stimme. Unter den Angestellten, die dort arbeiteten, habe es besonders viele Frauen, er könne nur den Hut ziehen vor ihnen. 13 Leute hat Mokri in den letzten zwei Jahren verloren, die meisten getötet bei Servicearbeiten.

Die Wasserwege lassen sich der neuen Teilung der Ukraine und dem Verlauf der Front nicht anpassen, auch wenn beide Seiten das wohl gerne tun würden. Der lebenswichtige Wasserkanal führt von der Regierungsseite nach Donezk, das unter Kontrolle der Rebellen ist, und versorgt dann von dort die Grossstadt Mariupol, die wiederum von der Regierung in Kiev kontrolliert wird. Und der Fluss, der den Kanal speist, kommt aus Russland und kehrt wieder dorthin zurück. Wodadonbassa hat auch auf der anderen Seite der Front Filteranlagen. Mokri versucht, fürs Ganze zu denken, und setzte alles daran, eine Teilung des Werks zu verhindern. Denn das könnte die Wasserversorgung der ganzen Region akut gefährden, ist er überzeugt.

Mit Politik will der Generaldirektor nichts zu schaffen haben - weder mit der einen noch mit der anderen Seite. «Ich bin Techniker», sagt der grosse, breite Mann mit den kurzen, fast weissen Haaren und dem ausgeleiterten Pullover. Ihm geht es in seiner Wasserwelt um das ganze Land und vor allem um das Wohl aller Menschen in der Region, das seine beiden Regierungen längst aus den Augen verloren haben. «Jeder will schliesslich trinken», sagt Mokri trocken.

Anzeige



Nina Marthaler (42),
Maur ZH, Sozialarbeiterin

Ich habe gerechnet! Und aus meiner beruflichen Erfahrung weiss ich, wie sehr die Leute auf eine gute AHV angewiesen sind. Deshalb sage ich klar JA

zu **AHV^{plus}** **ja**

Stimmen Sie am 25. September
*Anzahl für eine starke AHV, Pt. 3000 Bern Z3